

► Allgemeines

Verantwortungsbewusste Unternehmensführung. Die Diakonische Konferenz hat auf ihrer Jahrestagung eine Selbstverpflichtung zu verantwortungsbewusster Unternehmensführung beschlossen. Sie empfiehlt den Mitgliedern des Diakonischen Werks mit mehr als 50 Vollzeitkräften und mehr als 2 Mio. Euro Jahresumsatz, den „Corporate Governance Kodex für die Diakonie“ zu übernehmen. Dieser enthält Standards und Empfehlungen, die vor allem die Transparenz der Einrichtungen verbessern, das Vertrauen in der Öffentlichkeit stärken, Kommunikations- und Verwaltungsstrukturen optimieren sowie die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen steigern sollen. Gesetzlich vorgeschrieben ist der Corporate Governance Kodex bisher nur für Aktiengesellschaften. Entsprechende Vorgaben für Vereine mit steuerlichen Privilegien und Spenden sammelnden Vereinen werden derzeit vom Gesetzgeber diskutiert. *Quelle: www.diakonie.de*

Spurensuche. Mit dem „Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten“ fordert die Körber-Stiftung alle zwei Jahre Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren zur historischen Spurensuche in der Lokal- und Regionalgeschichte auf. Im Internet findet sich unter www.geschichtswettbewerb.de eine Datenbank, in der alle preisgekrönten Wettbewerbsarbeiten des Geschichtswettbewerbs von 1974 bis 2003 verzeichnet sind. Mehr als 7 000 Beiträge, die mit Kurzbeschreibungen zum Inhalt versehen sind, lassen sich hier recherchieren und können zur Ansicht in eine Bibliothek oder ein öffentliches Archiv bestellt werden. *Quelle: Mitteilung der Körber-Stiftung*

Dramatischer Bevölkerungsrückgang. Die Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland wird bis zur Jahrhundertmitte voraussichtlich um mehr als 50 % schrumpfen – von derzeit mehr als 10 Mio. auf ungefähr 4,5 Mio. im Jahr 2050. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) warnt deshalb in einer aktuellen Studie vor den Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung und die Zukunft Ostdeutschlands. Nach Ansicht der Arbeitsmarktforschenden ist keineswegs sicher, dass der Rückgang der Erwerbsbevölkerung den Druck vom ostdeutschen Arbeitsmarkt nehmen wird. Vom Rückgang und der Alterung der Bevölkerung gehen nach Einschätzung des IAB erhebliche Gefahren für das ostdeutsche Wirtschaftswachstum aus. Zum einen schwächt die sinkende Erwerbspersonenzahl das Wachstumspotenzial. Zum anderen verringert der rückläufige Bevölkerungstrend auch die Zahl der Konsumierenden und droht dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu dämpfen. Die Gesamtbevölkerung in den neuen Bundesländern wird sich von heute knapp 15 Mio. auf rund 9 Mio. im Jahr 2050 reduzieren, also um rund 40 %. Um den Abwärtstrend aufzuhalten, wäre eine rasche und kräftige Erhöhung der Geburtenrate notwendig. Dies sei aber eher unwahrscheinlich und wirke sich zudem erst langfristig

aus, geben die Arbeitsmarktforschenden zu bedenken. Man werde sich wohl darauf einstellen müssen, dass der Bevölkerungsrückgang nur durch eine Zuwanderung aus dem In- und Ausland gebremst werden kann. Um dem in Zukunft drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, seien außerdem verstärkte Investitionen im Bildungsbereich erforderlich. Die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern ist dabei nur zu einem kleinen Teil der Abwanderung Ostdeutscher in den Westen zuzuschreiben. Ganz ohne Wanderungen fällt der Rückgang der Erwerbsbevölkerung kaum schwächer aus – im Jahre 2050 wären es nur etwa 300 000 Personen mehr, also 4,8 Mio. Der wesentliche Grund für die stark negative Bevölkerungsentwicklung ist der Geburtenausfall nach der Wende, der unter anderem auf ökonomische Unsicherheiten und eine Angleichung der Verhaltensmuster an den Westen zurückzuführen ist. In den alten Bundesländern ist ebenfalls ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung zu erwarten, der jedoch mit rund 25 Prozent sehr viel schwächer ausfallen wird. Der Grund: Im Westen wirkt die Zuwanderung dem Rückgang entgegen. Der IAB-Kurzbericht „Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten“ kann im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb1905.pdf> abgerufen werden.

► Soziales

Frührente. Im Teletext verschiedener Privatsender werden Informationen über den angeblichen „Wegfall der Frührente“ verbreitet, die Zuschauer und Zuschauerinnen dazu bewegen sollen, kostenpflichtige 0190er-Rufnummern in Anspruch zu nehmen. So war zu lesen, dass die Möglichkeit der Frühverrentung in der gesetzlichen Rentenversicherung zum Ende des Jahres entfalle und es dann „nur noch Rente ab 65“ gäbe. Per Faxabruf oder unter einer Servicenummer könne man sich jedoch über „Schlupflöcher“ informieren, um diese Einschränkungen zu umgehen. Diese Meldungen verunsichern vor allem Frauen und Arbeitslose beziehungsweise in Altersteilzeit arbeitende Versicherte, die sich schon auf ihre Rente eingestellt haben. Die Deutsche Rentenversicherung Hessen stellte in einer Pressemitteilung klar, dass sich an der seit fast zwei Jahren bestehenden Rechtslage keine Änderungen ergeben haben: Nach wie vor können Frauen unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig Altersrente erhalten, ebenso arbeitslose oder in Altersteilzeit arbeitende Versicherte. Berechtigt sind die Geburtsjahrgänge 1951 und älter. Richtig ist einzig und allein – aber auch das ist nicht neu –, dass ab dem Jahr 2006 der frühestmögliche Beginn der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit angehoben wird. Allerdings gibt es unverändert die bekannten Vertrauensschutzregelungen, die weiterhin den Rentenbezug vom 60. Lebensjahr an erlauben. Individuelle Informationen erhalten die Versicherten bei ihrer Rentenversicherung. Rentenexperten raten dringend davon ab, sich die zweifelhaften kostenpflichtigen Tipps und Informationen per Telefon oder Faxabruf über teure 0190er-Nummern geben zu lassen. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Hessen vom 9. November 2005*

Kindergeld. Für Kinder zwischen 18 und 27 Jahren werden unter bestimmten Voraussetzungen Kindergeld und Freibeträge gewährt. Sie müssen sich in der Berufsausbildung befinden und dürfen nicht mehr als 7 680 Euro im Jahr

verdienen. Das Bundesverfassungsgericht hat nun festgestellt, dass zur Ermittlung des Grenzbetrags bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit der Arbeitnehmeranteil der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) abzuziehen ist (AZ 2 BVR 167/02). Eltern, denen bisher die Zahlung von Kindergeld versagt wurde oder die in den Jahren 2001 bis 2005 keinen Antrag gestellt haben, weil die Kinder zu hohe Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit hatten, sollten prüfen, ob der Grenzbetrag nach Abzug der auf der Lohnsteuerkarte bescheinigten Sozialversicherungsbeiträge unterschritten wird. Ist dies der Fall, sollte erneut Kindergeld beantragt werden. *Quelle: ver.di PUBLIK 11/2005*

Stille Reserve. Der Umfang der Unterbeschäftigung hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Während die Zahl der registrierten Arbeitslosen zugenommen hat, ist die so genannte Stille Reserve kleiner geworden, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In der Summe fehlen damals wie heute mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze. Zur Stillen Reserve gehören diejenigen, die keine Beschäftigung haben, grundsätzlich aber erwerbsbereit wären und aus den verschiedensten Gründen nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen. Manche ziehen sich vom Arbeitsmarkt zurück, da sie keine Chancen für sich sehen, andere gehen vorzeitig in Rente oder nehmen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie einer beruflichen Weiterbildung teil. Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- oder Struktur Anpassungsmaßnahmen werden dagegen nicht zu dieser Gruppe gezählt; sie sind im statistischen Sinne erwerbstätig. Im Jahr 2004 gehörten der IAB-Studie zufolge rund 1,6 Millionen Personen dazu. Den erheblichen Rückgang durch die Hartz IV-Reform am Jahresbeginn 2005 kann die Studie nicht exakt beziffern: Die ihr zu Grunde liegende Datenbasis lässt dies derzeit noch nicht zu. Für das Jahr 2005 schätzt das IAB die Stille Reserve auf rund 1,4 Millionen. Nahezu über den gesamten Zeitraum nach der Wiedervereinigung sind davon mehr Frauen als Männer betroffen. Lediglich die stärkere Inanspruchnahme von Vorruhestandsleistungen durch die Männer führte in den Jahren 1992 und 1993 dazu, dass sich dieses Verhältnis geringfügig umkehrte. Inzwischen hat sich dies geändert: Frauen stellen im Westen wie im Osten wieder den größeren Anteil. *Quelle: www.iab.de*

► Gesundheit

Herz-Kreislauferkrankung häufigste Todesursache.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, starben nach den Ergebnissen der Todesursachenstatistik im Jahr 2004 in Deutschland 818 271 Personen (383 388 Männer und 434 883 Frauen), 4,2 % weniger als im Vorjahr. Bei nahezu jedem, jeder zweiten Verstorbenen wurde wie auch in den Vorjahren der Tod durch eine Erkrankung des Kreislaufsystems ausgelöst. Infolge von Herz-Kreislauferkrankungen starben insbesondere ältere Menschen: Über 90 % der Verstorbenen waren über 65 Jahre alt. Frauen starben häufiger an einer Herz-Kreislauferkrankung, weil sie im Durchschnitt älter werden als Männer. Am Herzinfarkt, der zur Gruppe der Herz-Kreislauferkrankungen gehört, verstarben 67 149 Menschen, davon 54,8 % Männer und nur 45,2 % Frauen. Einem Krebsleiden erlag im Jahr 2004 ein Viertel aller Verstorbenen (111 013 Männer und 98 316 Frauen). Bei Männern hatten bösartige Neubildungen der Verdauungs- und der

Atmungsorgane die größte Bedeutung, bei Frauen dominierten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane sowie der Brustdrüsen. An nichtnatürlichen Todesursachen (Verletzungen und Vergiftungen) starben 33 309 Personen (20 758 Männer und 12 551 Frauen). 10 733 Menschen schieden im Jahr 2004 durch Suizid aus dem Leben, davon 74 % Männer und 26 % Frauen. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 2. November 2005*

Pflege der Eltern. Fast die Hälfte aller Bundesbürgerinnen und -bürger würde ihre pflegebedürftigen Eltern „auf jeden Fall“ zu Hause betreuen. Das geht aus einer repräsentativen Emnid-Umfrage hervor. Das Institut hatte 1 004 Personen im Auftrag des Magazins „*chrismon*“ befragt. Diese Bereitschaft ist allerdings geringer ausgeprägt, je höher das Bildungsniveau ist: Nur 37 % der Menschen mit Abitur würden ihre Eltern auf jeden Fall pflegen, dagegen 72 % der Befragten mit Volksschulabschluss ohne Lehre. 21 % erklärten ihre Bereitschaft, wenn die Partnerschaft oder die Familie nicht darunter leidet. Diese Einschränkung machten eher Besserverdienende (23 % derjenigen, die mehr als 2 500 Euro netto im Monat verdienen), aber nur 12 % der Befragten mit einem Monatseinkommen von bis zu 1 000 Euro. „Keine Zeit“ ist dagegen kaum ein Argument: Nur 5 % nannten diesen Hinderungsgrund. *Quelle: chrismon 10/2005*

Wegweiser für Migrantinnen und Migranten. Der BKK Bundesverband gibt die Broschüre „Gesundheit Hand in Hand. Das deutsche Gesundheitssystem. Ein Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ in neun verschiedenen Sprachen heraus. Er erläutert, auf welche Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen Anspruch besteht, welche Möglichkeiten der Vorsorge es gibt oder was beim Arztbesuch oder bei der Einweisung ins Krankenhaus zu beachten ist. „Der Gesundheitswegweiser vermittelt Grundlagenwissen, fördert einen selbstbewussten Umgang mit den vielfältigen medizinischen Einrichtungen und die sachbezogene Auswahl bei Alternativen“, erklärte K.-Dieter Voß, Vorstand beim BKK Bundesverband. Der Wegweiser erscheint derzeit in Türkisch, Arabisch, Russisch, Serbisch, Bosnisch, Kroatisch sowie Französisch, Englisch und Deutsch. Er ist als Broschüre beim Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. zu beziehen (Tel.: 05 11/16 84 10 20) oder über das Internet in allen Versionen unter www.bkk-promig.de verfügbar. Ausgaben in weiteren Sprachen sind in Vorbereitung. *Quelle: www.bkk.de*

► Jugend und Familie

Familienorientierte Arbeitszeit. Familienorientierte Arbeitszeitmuster verbessern die Balance von Familie und Beruf und gestalten die Arbeitswelt familienfreundlicher. Ergänzend zu betriebswirtschaftlich ausgerichteten Berechnungen zeigt ein neues Gutachten von *Bert Rürup* und *Sandra Gruescu*, dass familienorientierte Arbeitszeitmuster nicht nur positive Effekte für die Unternehmen und Erwerbspersonen, sondern auch auf makroökonomischer Ebene haben. Wenn mehr Frauen mit Kindern ihre Erwerbswünsche realisieren können, steigt das Arbeitskräftepotenzial. Infolge einer besseren Koordination von familiären und beruflichen Anforderungen ist ein Anstieg der Geburtenrate wahrscheinlich. Beide Entwicklungen führen im Ergebnis zu einem höheren wirtschaftlichen Wachstum.

Das 50 Seiten umfassende Gutachten „Familienorientierte Arbeitszeitmuster – Neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung“ kann über das Internet (www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=25856.html) eingesehen werden.

Fernsehberatung. „Programmberatung für Eltern e.V.“ bietet über das Projekt FLIMMO medienpädagogische Informationen sowie Bewertungen zur Eignung aktueller Fernsehsendungen für Kinder im Alter von drei bis 13 Jahren. In kurzen Texten werden Aspekte des kindlichen Fernseherlebens erläutert, Tipps zur Fernseherziehung gegeben und für Kinder und Eltern Interessantes aus der Fernseh- und Medienlandschaft berichtet. Die Orientierungshilfen sind unter www.flimmo.tv im Internet zu finden.

Elternzeit für Väter. Männer sprechen sich mehrheitlich für das Elterngeld und eine bessere Vereinbarkeit von Vater-schaft und Beruf aus. Das ergab eine Umfrage des Allensbach-Instituts, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wurde. Für 56 % der befragten Väter und Männer mit einem (weiteren) Kinderwunsch ist ein einkommensabhängiges Elterngeld in Höhe von bis zu 1 800 Euro monatlich ein Anreiz, bis zu einem Jahr die Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Gleiches gilt für 48 % der Väter, die sich keine weiteren Kinder mehr wünschen. Finanzielle und berufliche Aspekte sind nach Angaben junger Männer noch vor mangelnden Betreuungsmöglichkeiten Gründe, die gegen (weitere) Kinder sprechen. Außerdem hat die Prognos AG im Auftrag des Familienministeriums eine Expertise zu „Väterfreundlichen Maßnahmen im Unterneh-

men“ erstellt, in der unter anderem drei Praxisbeispiele väterfreundlicher Personalpolitik als Anregung für andere Unternehmen vorgestellt werden. Die Allensbach-Studie sowie die Prognos-Expertise können über die Homepage des BMFSFJ (www.bmfsfj.de) heruntergeladen werden.
Quelle: Paritätischer Rundbrief Berlin 10/2005

Öffentlich geförderte Jugendarbeit. Im Jahr 2004 wurden 97 300 Maßnahmen der Jugendarbeit von öffentlichen Stellen, das heißt von Bund, Ländern, Gemeinden oder der Europäischen Union, finanziell gefördert. Im Vergleich zur vorhergehenden Erhebung im Jahr 2000 ergibt dies einen Rückgang von 17 %. Auch die Zahl der jungen Menschen, die an Veranstaltungen der öffentlich geförderten Jugendarbeit teilgenommen haben, verminderte sich gegenüber dem Jahr 2000 um knapp 880 000 oder circa 19 % auf 3,7 Mio. Personen. Zu diesen zählten im Jahr 2004 rund 46 000 Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe mit etwa 1,95 Mio. Teilnehmenden. Vier Jahre zuvor boten noch knapp 60 000 Veranstaltungen der Jugendberufshilfe für 2,45 Mio. Kinder und Jugendliche an. Damit sank deren Zahl binnen vier Jahren um 23 %, die der Teilnehmenden um 20 %. Nicht so stark gingen die Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe für Jugendarbeit zurück. Sie beliefen sich im Jahr 2004 auf 260 Mio. Euro gegenüber 269 Mio. Euro im Jahr 2000 (minus 3 %). Für Kinder- und Jugendberufshilfe gaben die öffentlichen Träger mit 67 Mio. Euro allerdings rund 20 % weniger als noch vier Jahre zuvor aus. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 10. November 2005*

Anzeige Bank

Familienbände. Der Generationenpakt in Deutschland funktioniert auf familiärer Basis. Nach einer Umfrage, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wurde, berichten 91 % aller Befragten und 96 % der jüngeren im Alter von 14 bis 34 Jahren von einem guten Verhältnis zu den eigenen Eltern und Großeltern. Die Kontakte zwischen den Familienmitgliedern sind intensiv, die überwiegende Mehrheit ist mit der Kontakthäufigkeit zufrieden. 86 % der Befragten sind der Meinung, dass man sich bei wichtigen Entscheidungen auf den Rat der älteren Menschen verlassen sollte. Die Jüngeren wünschen, dass Ältere ihr Wissen Betrieben und Schulen zur Verfügung stellen (81 %), ehrenamtliche Aufgaben (71 %) und mehr Verantwortung für Kinder und Enkelkinder (59 %) übernehmen sollen. Die Älteren wollen, dass die Jüngeren gesund bleiben (90 %), finanzielle Vorsorge für ihr Alter treffen (85 %), die Erfahrungen und das Wissen der Älteren aufgreifen (84 %), ehrenamtliche Aufgaben übernehmen (75 %) und ihre Eltern pflegen (63 %). *Quelle: VdK Zeitung 11.2005*

► Ausbildung und Beruf

Forschungsportal. Das neue Internetportal „forschungsportal.net“ durchsucht zwölf Millionen Webseiten von 27 000 Webservern aller öffentlich finanzierten deutschen Forschungseinrichtungen, darunter auch Hoch- und Fachhochschulen, nach Themen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Vierjahresprojekt der Universität Hannover mit über 600 000 Euro gefördert. Neu und exklusiv ist die Möglichkeit, nach allen bei der Deutschen Bibliothek hinterlegten Dissertationen zu suchen. *Quelle: GGW – Das Wissenschaftsforum in Gesundheit und Gesellschaft 4/2005*

Faires Praktikum. Mit dem Gütesiegel „Fair Company“ zeichnet „Junge Karriere“, das Job-Magazin der Verlagsgruppe Handelsblatt in Düsseldorf, Unternehmen aus, die keine Vollzeitstellen durch Praktikantinnen und Praktikanten oder Hospitierende ersetzen, Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die sich auf eine feste Stelle bewerben, nicht mit einem Praktikum vertrösten, keine Praktikanten und Praktikantinnen mit der vagen Aussicht auf eine anschließende Vollzeitstelle werben, Praktika vornehmlich zur beruflichen Orientierung während der Ausbildungsphase anbieten und eine adäquate Aufwandsentschädigung bezahlen. Der Initiative haben sich mittlerweile mehr als 200, zum Teil namhafte Firmen angeschlossen. Auch die Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nimmt sich verstärkt des Themas Praktikum an. Ihr „Leitfaden für ein faires Praktikum“ kann im Internet unter www.studentatwork.org eingesehen werden. Außerdem berät der DGB Praktikantinnen und Praktikanten in rechtlichen Fragen. *Quelle: Das Parlament 24. Oktober 2005*

Tagungskalender

1.2.2006 Mainz. Fachtagung: Kinder und Jugendliche mit dem Stempel schwierig verstehen. Information: Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, Hartmühlenweg 8, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/96 71-40, -41, Fax: 061 31/96 71-40, -42

7.2.2006 Hannover. Schwaches Alter? Starkes Alter? Neues Alter(n)?! Information und Anmeldung: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fensckeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, Fax: 05 11/350 55 95, Internet: www.gesundheit-nds.de E-Mail: info@gesundheit-nds.de

10.2.2006 Meckenbeuren-Hegenberg. Fachtagung: Eine fast normale Familie – Alltag und Unterstützungsbedarf von Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern. Anmeldung und Information: Stiftung Liebenau, Siggenweilerstr. 11, 88074 Meckenbeuren, Tel.: 075 42/10 12 07, Internet: www.stiftung-liebenau.de

20.-21.2.2006 Leipzig. Fachtagung: mitSPIELtagung. Information: Netzwerk Leipzig-Südost e.V., Stötteritzer Str. 43, 04317 Leipzig, Tel./Fax: 03 41/990 23 09

8.-10.3.2006 Interlaken/Schweiz. Tagung: Neue Technologien und Kriminalität: Neue Kriminologie? Information und Anmeldung: Sandro Cimichella, Glanzenbergstr. 28, CH-8953 Dietikon

27.-29.3.2006 Berlin. Kulturelle Kinder- und Jugendbildung – eine Neuorientierung? Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/390 01-258, -259, Fax: 030/390 01-268, Internet: www.difu.de, E-Mail: leute@difu.de

3.4.2006 Mannheim. Tagung: 17. Tag des Kindeswohls. Verbleib oder Rückkehr?! – Perspektiven für Pflegekinder aus psychologischer und rechtlicher Sicht. Information und Anmeldung: Stiftung zum Wohl des Pflegekindes, Lupinenweg 33, 37603 Holzminden, Tel.: 055 31/51 55, Fax: 055 31/67 83, Internet: www.Stiftung-Pflegekind.de E-Mail: 055315155@t-online.de

3.-5.5.2006 Düsseldorf. Kongress: 77. Deutscher Fürsorgetag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.: Mut zur sozialen Verantwortung! Information und Anmeldung: Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-616, -617, Fax: 030/ 629 80-650, Internet: www.deutscher-verein.de, E-Mail: dft@deutscher-verein.de